

NIEDERSCHRIFT

**über die 38. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Beelen
am 30.01.2020 im Ausschusszimmer (EG - Raum 10) des Rathauses**

Unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Elisabeth Kammann sind anwesend:

- a) als stimmberechtigte Mitglieder
 - Rm Joachim Hassa
 - Rm Klaus-Dieter Hainke
 - Rm Matthias Nüßing
 - Rm Ralf Pomberg
 - Rm Bettina Sander
 - Rm Paul Spliethoff
 - Rm Claus Ströker
 - Rm Robert Strübbe
 - Rm Helmut Suer
 - Rm Carsten Brinkkemper für Rm Maik Uekötter

- b) von der Verwaltung
 - Herr Lillteicher
 - Herr Rieping
 - Herr Awerbeck
 - Herr Wisniewski, zugleich als Schriftführer

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 22.13 Uhr

Tagesordnung

| <u>TOP</u> | <u>Bezeichnung</u> | <u>Seite</u> |
|------------|--|--------------|
| I. | <u>ÖFFENTLICHE SITZUNG</u> | |
| 1. | EINWOHNERFRAGESTUNDE | 3 |
| 2. | Bauleitplanung für Wohn- und Gewerbeflächen hier: Sachstandsbericht | 3 |
| 3. | Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen | 4-12 |
| 4. | Bericht der Verwaltung | 12 |
| | Anfragen von Ratsmitgliedern | 12 |
| | 1. Schriftliche Stellungnahme der Bürgermeisterin über die weitere Zusammenarbeit zwischen Rat und Bürgermeisterin | |

BM'in Kammann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Gegen die Niederschrift vom 12.12.2019 werden keine Einwendungen erhoben. Anschließend beantragt BM'in Kammann die Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt „Bauleitplanung für Wohn- und Gewerbeflächen; Sachstandsbericht“ (TOP I/2) und im nicht-öffentlichen Teil um den Punkt „Bauleitplanung für Wohn- und Gewerbeflächen; Sachstandsbericht“ (TOP II/1).

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt.

I. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Einwohnerfragestunde

Es ergeben sich keine Fragen.

2. Bauleitplanung für Wohn- und Gewerbeflächen hier: Sachstandsbericht

BM'in Kammann erklärt, dass die Verwaltung mit der Bezirksregierung einen weiteren Besprechungstermin am 10.02.2020 vereinbart hat. Im Gespräch am 17.01.2020 wurde mit der Bezirksregierung ein Erweiterungsvorhaben eines Beelener Unternehmens erörtert. Hierbei wurde auch über die Vorhaben der Gemeinde Beelen in Sachen Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung gesprochen. Die Bezirksregierung wies darauf hin, dass diese Vorhaben womöglich mit dem bestehenden Regionalplan kollidieren. Es wurde vorgeschlagen, bereits überplante Flächen ob ihrer Realisierung im Rahmen der Wohnbebauung oder Gewerbeentwicklung zu überprüfen. BM'in Kammann hat aufgrund dieser Informationen keine Auswirkungen auf den kommenden Haushalt gesehen. Am 10.02.2020 soll mit der Bezirksregierung nochmals das Siedlungsmonitoring und die Thematik der Reserveflächen erörtert werden, da dies verwaltungsseits nicht nachvollzogen werden kann.

Rm Strübbe bemängelt die Kommunikation zwischen der Bürgermeisterin und dem Rat. Trotz Hinweis der Fachbereichsleiterin Bauen und Wohnen sowie des Kämmers, hat die Bürgermeisterin keine Notwendigkeit gesehen, den Rat in solch einer wichtigen Angelegenheit frühzeitig zu informieren. Auch bauwillige Bürger hätten ein Anrecht auf entsprechende Information gehabt. Gegen landesplanerische Politik hat man keinen Einfluss. Jedoch müssen solche wichtigen Informationen an die Kommunalpolitiker weitergegeben werden, damit man gemeinsam Lösungsmöglichkeiten findet.

BM'in Kammann erwidert, dass es ihr nicht um das Zurückhalten von Informationen ging, sondern um Abwägung von Interessen zum Wohl der Gemeinde. Sie erläutert noch einmal kurz die zeitliche Abfolge der Informationen. Schlussendlich hat BM'in Kammann die Weitergabe der Informationen an die Politik für die folgende Bau- und Planungssitzung am 23.01.2020 vorgesehen. Weitere Informationen zu dieser Thematik folgen im Nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Rm Brinkkemper bittet um Akteneinsicht in den Mailverkehr zwischen der Bürgermeisterin und den Mitarbeitern Frau Bahr und Herrn Lillteicher in dieser Angelegenheit.

3. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen

SV 10/2020

Herr Lillteicher erklärt, dass aufgrund der massiven Rückzahlungsverpflichtung der Gewerbesteuer die Verwaltung vorschlagen wird, die Gewerbesteuer für 2020 auf 1.705.000 € zu reduzieren. Zudem sind bei der Verwaltung zwei Bürgeranträge und Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion eingegangen, die im Rahmen dieser Sitzung behandelt werden. Auch die noch ausstehenden Fragen aus den Fraktionssitzungen werden beantwortet.

01.01.01 Politische Gremien und Verwaltungsführung

Rm Pomberg beantragt, den Ansatz für Getränkemkosten durchgehend auf 1.000 € zu reduzieren. Zudem soll der Repräsentationsaufwand um 800 € auf 5.000 € reduziert werden.

BM'in Kammann lässt zunächst über die Reduzierung des Repräsentationsaufwandes auf 5.000 € abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**4 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Anschließend lässt BM'in Kammann über die Reduzierung der Getränkemkosten auf 1.000 € abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

01.03.01 Zentrale Dienstleistungen

Rm Pomberg erklärt, dass ihm von Mitarbeitern der Bauverwaltung die Notwendigkeit eines Plotters mitgeteilt wurde. Dieser soll rund 7.000 € kosten. Herr Lillteicher erklärt, dass der Kauf eines Plotters wirtschaftlicher wäre, als das Gerät zu leasen. Rm Strübbe wundert sich, dass die Notwendigkeit der Beschaffung eines Plotters besteht. Hierüber wurde in fraktionsinternen Haushaltsplanberatungen nicht gesprochen. Rm Hassa gibt zu bedenken, dass ein Plotter sehr wartungsintensiv sein kann. Es sollte geprüft werden, in welchem Umfang der Plotter benötigt wird. Rm Pomberg wiederholt noch einmal, dass in Gesprächen mit Mitarbeitern der Bauverwaltung der Plotter als erforderlich gesehen wird. Rm Brinkkemper regt an, die Beschaffung des Plotters auf das nächste Jahr zu verschieben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag abstimmen, insgesamt 7.000 € für den Kauf eines Plotters in 2020 einzustellen:

Abstimmungsergebnis:

**7 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

01.03.02 Bauhof

Rm Pomberg beantragt die Beschaffung einer Formatsäge für den Bauhof. Die Kosten in Höhe von 7.500 € sollen im Haushalt 2020 berücksichtigt werden. Zudem beantragt er den Ansatz in Höhe von 5.000 € für die Beschaffung eines Spritzschutzes für den Waschplatz zu streichen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag, insgesamt 7.500 € für die Beschaffung einer Formatsäge für den Bauhof in 2020 einzustellen, abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Antrag, 5.000 € für die Beschaffung eines Spritzschutzes für den Waschplatz zu streichen, abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

01.05.01 Allgemeine Personalwirtschaft

Herr Lillteicher erklärt, dass die Verwaltung eine Änderung des Ansatzes bei den Versorgungsaufwendungen vorschlägt. Diese können von 238.884 € um 38.629 € auf 200.255 € reduziert werden.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Des Weiteren schlägt die Verwaltung eine Änderung des Ansatzes für Stellenausschreibungen vor. Da der Kultur- und Sozialausschuss eine zusätzliche Stelle für den Jugendtreff beschlossen hat, sollte dieser Ansatz von 4.000 € auf 7.000 € erhöht werden.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

01.06.01 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Aufgrund vertraglich festgelegter Berücksichtigung von Kostensteigerungen bei der Vollstreckung durch die Stadt Warendorf muss der Ansatz hierfür angepasst werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Ansatz für die Vollstreckung durch die Stadt Warendorf von 38.820 € auf 44.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

01.08.01 Gebäudemanagement

Rm Strübbe beantragt, den Ansatz für den Bau einer Glaswand in der Grundschule um 80.000 € zu reduzieren. Hier würde eine Trockenbauwand ausreichend sein. Rm Pomberg möchte in der heutigen Sitzung noch keine Entscheidung über Glas- oder Trockenbauwand fällen. Jedoch sollte der gesamte Ansatz pauschal von 543.000 € auf 443.000 € reduziert werden.

BM'in Kammann lässt über den Antrag, den Ansatz für den Bau einer Glaswand in der Grundschule um 80.000 € zu reduzieren, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**4 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Antrag, den Ansatz pauschal von 543.000 € auf 443.000 € zu reduzieren, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**4 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

01.08.02 Grundstücksmanagement

Die Verwaltung schlägt vor, den Ansatz für Erträge aus der Veräußerung von Baugrundstücken von 247.500 € auf 687.500 € zu erhöhen. Zudem beantragt Rm Pomberg diesen Ansatz für den Verkauf einer Fläche (Kindergarten) und zweier Baugrundstücke, die in 2020 kassenwirksam werden, auf insgesamt 900.000 € zu erhöhen.

BM'in Kammann weist darauf hin, dass es auch die Möglichkeit gibt, die Fläche für den Kindergarten im Rahmen des Erbbaurechts zu verpachten. Rm Pomberg erwidert, dass mit der Erhöhung des Ansatzes noch keine Vorentscheidung gefällt wird. Jedoch wird eine entsprechende Zielrichtung vorgegeben.

BM'in Kammann lässt über den Antrag von Rm Pomberg, den Ansatz für Erträge aus der Veräußerung von Baugrundstücken auf 900.000 € zu erhöhen, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**4 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Antrag, den Ansatz für Erträge aus der Veräußerung von Baugrundstücken von 247.500 € auf 687.500 € zu erhöhen, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**8 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen**

Rm Strübbe bittet die Verwaltung um Erläuterung, inwieweit die Veräußerung von Baugrundstücken in den Jahren 2021 bis 2023 geplant ist. Herr Averbek erklärt, dass für das Jahr 2021 der Verkauf einer Fläche (12.000 qm) für 1,23 Millionen Euro, für 2022 eine Fläche (17.000 qm) für 1,7 Millionen Euro und für 2023 eine Fläche für Gewerbe in Höhe von 200.000 € geplant ist. Rm Strübbe fragt nach, wie realistisch der Verkauf der Fläche in 2021 sei. BM'in Kammann erklärt, dass aufgrund von Erfahrungswerten Annahmen getroffen wurden, die den Verkauf der Fläche in 2021 sehr realistisch erscheinen lassen. Jedoch sind auch hier etwaige Unabwägbarkeiten nicht einschätzbar. Rm Hassa fügt hinzu, dass es ca. 1,5 Jahre bis zum Verkauf dauert, wenn die Planungen problemlos verlaufen. Jedoch ist eine Teilentwicklung von zunächst 20 Grundstücken denkbar.

Anschließend bittet Rm Strübbe um einen Sachstandsbericht bei der Entwicklung bzw. Vermarktung einer gemeindlichen Fläche im Gewerbegebiet. Hierfür wurden im Haushaltsplan keine Mittel eingestellt. BM'in Kammann erklärt, dass sich die Verwaltung noch in den Planungen befindet. Jedoch fehlt hierfür Verwaltungspersonal. Rm Strübbe

beantragt, dass für die Entwicklung der gemeindlichen Fläche im Gewerbegebiet 20.000 € im Haushalt 2020 eingestellt werden.

BM'in Kammann lässt über den Antrag von Rm Strübbe abstimmen, einen Ansatz in Höhe von 20.000 € für die Entwicklung einer gemeindlichen Fläche im Gewerbegebiet einzustellen:

Abstimmungsergebnis:

**6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
4 Enthaltungen**

02.01.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Herr Lillteicher erklärt, dass die Verwaltung die Notwendigkeit einer Melde-App für Mängel und Störungen prüfen wird. Sollte diese App in 2020 angeschafft werden, können hierfür Finanzmittel überplanmäßig bereitgestellt werden.

Rm Strübbe beantragt, den Ansatz für die Unterbringung von Katzen von 3.134 € auf 2.500 € zu reduzieren.

BM'in Kammann lässt über diesen Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Rm Strübbe beantragt, den Ansatz für die Reduzierung der Katzenpopulation auf 250 € zu reduzieren:

Auch über diesen Antrag lässt BM'in Kammann abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**3 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

02.05.01 Brand- Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Herr Lillteicher erläutert, dass auf Antrag der Leitung der FFW Beelen bereits im Jahr 2020 alle PC's im Feuerwehrgerätehaus erneuert werden sollen. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Ansatz hierfür um 5.000 € auf 6.070 € zu erhöhen. Dafür werden die Ansätze für den Austausch von PC's in den Jahren 2021 bis 2023 gestrichen. Rm Pomberg merkt an, dass diese Vorgehensweise in der Vorbesprechung mit der FFW Beelen nicht angesprochen wurde. Rm Brinkkemper erklärt, dass der Kompletttausch der PC's in Abstimmung mit dem IT-Systemadministrator der Gemeinde Beelen erfolgt ist.

BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen, den Ansatz für die Anschaffung von PC's für die Feuerwehr im Jahr 2020 von 1.070 € auf 6.070 € zu erhöhen sowie die Ansätze für die Anschaffung von PC's in den Jahren 2021 bis 2023 zu streichen:

Abstimmungsergebnis:

**8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen**

Zudem schlägt die Verwaltung vor, den Ansatz für die Beschaffung einer neuen Satellitenschüssel auf 250 € zu erhöhen, da ein neuer Verteiler notwendig ist.

BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen, den Haushaltsansatz für die Anschaffung einer Satellitenschüssel von 150 € auf 250 € zu erhöhen:

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Des Weiteren schlägt die Verwaltung vor, für die Anschaffung einer Tauchpumpe 1.500 € einzustellen.

BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen, für die Anschaffung einer Tauchpumpe 1.500 € einzustellen:

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

BM'in Kammann berichtet über die konstruktiven Gespräche mit der FFW. Um die ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehrleute wertzuschätzen, sollen diese einen Gutschein für eine Gastronomie in Beelen in Höhe von 40 € pro aktives Mitglied erhalten. Der Ansatz zur Förderung von Freizeitangeboten für die FFW würde dann von 400 € auf 2.200 € erhöht. Rm Suer erklärt, dass dieser Antrag zum falschen Zeitpunkt kommt. Die Politik versucht überall im Haushalt zu sparen. Zudem sollten dann auch andere ehrenamtliche Bürger berücksichtigt werden. Rm Strübbe unterstreicht diese Aussage und fügt hinzu, dass die FFW bereits finanzielle Mittel der Gemeinde erhält (2019 = 6.000 €), welche für solche Dinge genutzt werden könnten.

Rm Hassa erklärt, dass man nicht verschiedene ehrenamtliche Tätigkeiten miteinander vergleichen sollte. Aufgrund des Einsatzbereiches der Mitglieder der FFW sind 40 € pro Person sicherlich nicht zu viel. Rm Sander würde diese Entscheidung gerne verschieben. Rm Pomberg kann die Sichtweisen von Rm Hassa und Rm Strübbe nachvollziehen. Die Entscheidung zu verschieben wäre auch zu überlegen. Jedoch sollte in diesem Jahr mit der Honorierung des Ehrenamtes der FFW begonnen werden. Zudem sollte darüber nachgedacht werden, grundsätzlich Mittel für das Ehrenamt einzustellen. Im Übrigen stellt Rm Pomberg den Antrag, die Höhe des Gutscheins auf 50 € pro Person zu erhöhen. Rm Spliethoff gibt zu bedenken, dass die Gemeinde in der Haushalts-sicherung gar keine freiwilligen Zuschüsse an Vereine mehr leisten kann. Er hält diese außerordentliche Zahlung an die FFW daher für ein falsches Signal. BM'in Kammann schlägt vor, ein Mitglied des Feuerwehrverbandes einzuladen und im Rahmen einer Sitzung die Arbeit der FFW vorzustellen.

Da es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt, lässt BM'in Kammann zunächst über den Antrag von Rm Pomberg abstimmen, den Ansatz zur Förderung von Freizeitangeboten für die FFW von 400 € auf 2.750 € zu erhöhen:

Abstimmungsergebnis:

**1 Ja-Stimme
10 Nein-Stimmen**

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Antrag abstimmen, den Ansatz zur Förderung von Freizeitangeboten für die FFW von 400 € auf 2.200 € zu erhöhen:

Abstimmungsergebnis:

**6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Rm Pomberg beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme**

BM'in Kammann unterbricht die Sitzung um 20.40 Uhr.

BM'in Kammann führt die Sitzung um 20.50 Uhr fort.

04.01.01 Kulturförderung, Heimatpflege

Die im Rahmen der letzten Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses gestellten Fragen werden in der nächsten Ratssitzung abschließend beantwortet.

Rm Strübbe fragt nach, ob die Nutzungsänderung für die ehemalige Grundschule auch für die Turnhalle gilt. BM'in Kammann erklärt, dass diese Frage mit dem Kreisbauamt geklärt werden muss. Rm Brinkkemper fragt nach, ob der spezielle Hallenboden auch mit Straßenschuhen begangen werden darf. BM'in Kammann erklärt, dass Schutzmaßnahmen für den Boden eingeplant sind.

05.01.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende, Leistungen der Sozialhilfe

Vorschlag der Verwaltung, die pauschale Landeszuweisung für Asylbewerber von 175.000 € auf 255.000 € und die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 250.000 € auf 330.000 € zu erhöhen.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

06.02.01 Förderung der Jugendarbeit, Jugendzentrum

Herr Lillteicher erklärt, dass durch die neue Stelle im Jugendzentrum folgende Personalaufwendungen zusätzlich eingestellt werden:

In 2020 = 14.500 €, in 2021= 58.800 €, in 2022 = 59.980 € und in 2023: 61.180 €.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

08.01.02 Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen

Rm Strübbe beantragt, die im Bau- und Planungsausschuss für die Planung eines Pumptracks und Skateplatzes bereitgestellten 5.000 € zu streichen.

BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**2 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Vorschlag der Verwaltung, für Einzahlungen aus dem Eigenanteil für den Kunstrasenplatz 55.000 € einzustellen.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

10.03.01 Wohnraumförderung, Wohnraumversorgung

Vorschlag der Verwaltung, für die Inventarbeschaffung für das Übergangwohnheim Warendorfer Straße 8 den Ansatz von 2.000 € auf 3.000 €, für die Inventarbeschaffung für das Übergangwohnheim Beilbach 8 den Ansatz ebenfalls von 2.000 € auf 3.000 € zu erhöhen und für die Inventarbeschaffung in angemietete Wohnungen (60 € - 800 €) 1.000 € einzustellen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Herr Lillteicher erklärt weiter, dass derzeit in der Unterkunft Warendorfer Straße 8 eine sechsköpfige Familie mit zwei Kleinkindern wohnt. Als Abgrenzung zur Bundesstraße und zur Sicherheit der Kinder soll das Grundstück nun eingezäunt werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Ansatz für die bauliche Unterhaltung des Gebäudes Warendorfer Straße 8 von 4.000 € auf 7.600 € zu erhöhen.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

12.01.01 Bau/Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen und Verkehrsanlagen

Rm Strübbe beantragt die Streichung des Ansatzes für bessere Beleuchtung entlang des Beilbaches in Höhe von 20.000 €.

BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

13.01.01 Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz

Rm Pomberg beantragt, den Ansatz für die Erträge aus den Wasserverbandsgebühren von 46.680 € auf 93.360 € zu erhöhen.

BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Rm Strübbe fragt nach, ob eventuell auch die Schlegelarbeiten im Frühjahr an ein Unternehmen vergeben werden kann. BM'in Kammann erklärt, dass die Antwort hierzu in der nächsten Sitzung des Rates gegeben wird.

16.01.01 Steuern und sonstige Abgaben

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Gewerbesteuer schlägt die Verwaltung vor, die Erträge aus der Gewerbesteuer folgendermaßen festzulegen:

2020: 1.705.000 €, 2021: 2.600.000 €, 2022: 2.800.000 €, 2023: 2.900.000 €

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Des Weiteren schlägt die Verwaltung vor, aus der Inanspruchnahme der Gewerbesteuerrückstellung Erträge in Höhe von 795.000 € einzustellen.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

16.01.02 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die Verwaltung schlägt vor, die Schlüsselzuweisungen folgendermaßen festzulegen:

2020: 520.338 €, 2021: 750.000 €, 2022: 500.000 €, 2023: 300.000 €

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Des Weiteren schlägt die Verwaltung vor, die Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage wie folgt festzulegen:

2020: 182.550 €, 2021: 218.000 €, 2022: 235.000 €, 2023: 243.000 €

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Für den Fond deutscher Einheit soll für 2020 ein Ansatz in Höhe von 27.000 € eingestellt werden.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Die Verwaltung schlägt vor, die allgemeine Kreisumlage wie folgt festzulegen:

2020: 2.574.390 €, 2021: 2.600.000 €, 2022: 2.650.000 €, 2023: 2.700.000 €

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Zudem soll die Jugendamtsumlage wie folgt festgelegt werden:

2020: 1.366.164 €, 2021: 1.370.000 €, 2022: 1.380.000 €, 2023: 1.410.000 €

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Die Verwaltung schlägt vor, die Landeszuweisung aus dem Digitalpakt Schule in 2021 in Höhe von 82.996 € zu streichen. Zunächst soll ein Medienkonzept erstellt werden. Anschließend können die Kosten im Rahmen der Haushaltsplanung 2021 neu veranschlagt werden.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Stellenplan

Herr Lillteicher erklärt, dass jeweils eine zusätzliche Stelle für den Bauhof und für den Jugendtreff im Stellenplan ausgewiesen ist. Die zusätzliche Stelle IT-Systemadministrator soll zunächst nur befristet ausgeschrieben werden und muss daher nicht im Stellenplan ausgewiesen werden.

Rm Strübbe unterstützt die Ausweisung einer zusätzlichen Stelle für den Jugendtreff und IT-Systemadministrator. Da jedoch der Leiter des Bauhofes voraussichtlich in den

nächsten Jahren in den Ruhestand wechselt, sollte eher diese Stelle ausgeschrieben werden. Hierfür werden jedoch noch weitere Informationen benötigt. Wenn diese Informationen vorliegen, sollte erneut über eine weitere Stelle am Bauhof diskutiert werden. Rm Pomberg schließt sich dieser Meinung nur teilweise an. Er sieht es als unproblematisch an, eine weitere Stelle für den Bauhof auszuschreiben, mit der Option der späteren Leitung des Bauhofes. Rm Hassa fügt hinzu, dass der Bauhof seit Jahrzehnten mit dem gleichen Personal arbeiten muss, obwohl in den Jahren zusätzliche Aufgaben hinzugekommen sind. Daher ist die Ausweisung einer weiteren Stelle mehr als gerechtfertigt.

Über die zusätzliche Aufnahme einer Stelle EG 11b SuE in den Stellenplan lässt BM'in Kammann abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Ermächtigungsübertragungen

Die Verwaltung schlägt vor, die Ermächtigungsübertragung für den Eingang des Rathauses um 10.000 € zu reduzieren. Zudem wird eine Ermächtigungsübertragung für Feuerwehrbekleidung in Höhe von 1.686 € neu eingefügt. Des Weiteren wird vorgeschlagen, die Ermächtigungsübertragung für juristische Beratung im Bereich der Konzessionsverträge in Höhe von 5.000 € zu streichen. Die Ermächtigungsübertragung für eine Feuerwehrsirene in Höhe von 6.500 € soll ebenfalls gestrichen werden.

Da es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt, lässt BM'in Kammann über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**8 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen**

4. Bericht der Verwaltung

Kein Bericht der Verwaltung

Anfragen von Ratsmitgliedern

- Schriftliche Stellungnahme der Bürgermeisterin über die weitere Zusammenarbeit zwischen Rat und Bürgermeisterin
Rm Pomberg erinnert an die Sitzung des Rates vom 14.09.2019, in der die Bürgermeisterin erklärt hat, sie wolle sich schriftlich über die weitere Zusammenarbeit mit dem Rat äußern. Diese liegt dem Rat bis heute nicht vor. Rm Pomberg bittet die Bürgermeisterin um die schriftliche Stellungnahme bis zur nächsten Sitzung des Rates.

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es ergeben sich keine Anfragen.

BM'in Kammann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 21.55 Uhr.